

## Niederschrift

### öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport

Sitzungstermin: **Donnerstag, den 28.07.2016**

Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**

Sitzungsende: **20:15 Uhr**

Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **SKS/005/2016**

#### **Anwesend sind:**

##### **Vorsitz**

Frau Gudrun Dyrba

##### **Stadtvertreter/in**

Frau Christiane Claußen

Herr Norbert Stern

Herr Rainer Wilmer

##### **sachkundige/r Einwohner/in**

Herr Hans-Georg Hartmann

Frau Lisa Schlaack

##### **Verwaltung**

Frau Heike Krause

Herr Jörn Pamperin

#### **Entschuldigt fehlen:**

##### **Stadtvertreter/in**

Herr Dirk Bönning

Herr Sven Thiel

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 07.06.2016
- 4** Bericht der Verwaltung
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Raumsituation Regionalschule "Rudolf Tarnow"
- 7** neue Räumlichkeiten Jugendklub am Bahnhof
- 8** Antrag FR-CDU  
hier: Übergangsweise Verlegung des Hortes während der Bauphase an der Ludwig-Reinhard-Grundschule  
Vorlage: 103/16/FR-CDU
- 9** Anfragen und Mitteilungen
- 11** Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 12** Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse
- 13** Schließen der Sitzung

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Frau Dyrba eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend. Herr Böning und Herr Thiel fehlen entschuldigt.

#### **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Es gibt keine Änderungsanträge.  
Über das Protokoll der Sondersitzung soll bei der nächsten Sitzung abgestimmt werden.

**Abstimmungsergebnis:** 6/0/0

#### **zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 07.06.2016**

Der Niederschrift wird zugestimmt.  
Herr Wilmer sprach ein Schreiben von Herrn Walter an, dass sich auf die Aussage von Frau Dyrba unter TOP 9 (NPD Getränkestand) bezog. Darauf soll nicht weiter eingegangen werden.

**Abstimmungsergebnis:** 5 : 0 : 1

#### **zu 4 Bericht der Verwaltung**

Herr Pamperin berichtete über eine Beratung beim Landkreis Ludwigslust- Parchim zum neuen Wohngeldgesetz. Die vom Ministerium prognostizierte Zunahme der Fälle um 50 – 60 Prozent liegt nicht vor. Die Steigerung der Wohngeldfälle in Boizenburg beträgt 10 – 20 Prozent. Gleichzeitig wurde die neue Fachaufsicht des Landkreises für den Wohngeldbereich vorgestellt.

Über das Altstadt- und Schützenfest gab es eine überwiegend positive Resonanz. Die Arbeitsgruppe hat sich am 12.07.16 zur Auswertung getroffen und bereits Ideen für das kommende Jahr zusammengetragen (Wall statt Königstr., Riesenrad statt Autoscooter, Streetsoccer als Turnier). Die beiden Werbetafeln sind gut angekommen. Der Werbeeffect der Radiospots für über 1,0 T€ wird als nicht so hoch eingeschätzt. Sie wurden ab Mittwoch 11 Mal gesendet. Es waren weniger Besucher

zu verzeichnen und ein höherer Anteil Auswärtiger konnte nicht festgestellt werden. Herr Wilmer merkte dazu an, dass es ohne die Radiowerbung vielleicht noch weniger Besucher gewesen wären. Die nächsten Veranstaltungen sind das Weinfest am 27.08. und die Vernissage im Rathaus am 05.08.

Der Container an der Tarnowschule ist bis auf kleinere Arbeiten fertiggestellt. Die Essenausgabe soll ab 05.09.16 erfolgen. Die Rampe für die Rollstuhlfahrer soll im Sommer angebaut werden.

Die Abstimmung mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten fand am 08.07.16 bei vollständiger Anwesenheit statt. Zwei Hortkinder verbleiben in der AWO- Einrichtung „Elbpiraten“. Mit Abmeldungen in anderen Einrichtungen nach Schulbeginn ist erfahrungsgemäß zu rechnen.

Es wurde eine Abstimmung der Wartelisten für Krippe und Kindergarten vorgenommen.

Frau Dyrba ergänzte, dass die Situation im Hort entspannt ist, aber im Bereich Krippe und Kindergarten ca. 60 Kinder bis zum Sommer 2017 nicht untergebracht werden können. Eltern melden Kinder z.T. pauschal an und melden sich dann nicht mehr. Eine zusätzliche Kindereinrichtung mit dem DRK als Träger ist voraussichtlich in Planung.

Herr Pamperin verwies hierzu auf den für Mitte September geplanten Beratungstermin mit dem DRK beim Landkreis. Auf Nachfrage von Herrn Wilmer konnte festgestellt werden, dass Handlungsbedarf besteht, aber aktuell kein akuter ungedeckter Bedarf zu verzeichnen ist.

Zum Stand der Schulsozialarbeit konnte Herr Pamperin berichten, dass in der Fachschule Neubrandenburg ein Aushang erfolgte und auch ein Artikel in der SVZ erschienen ist. Beim IB ist bisher keine Anfrage eingegangen.

Weiter verwies er auf ein Schreiben vom Ministerium, das dem Ausschuss vorliegt. Danach würde sich das Ministerium vorstellen können, Schulsozialarbeiter/innen in Grundschulen zu fördern, wenn diese zusätzlich zum Einsatz in der Grundschule auch im Hortbereich eingesetzt werden. Die Anstellung sollte beim Träger des Hortes erfolgen. Für die Stadt Boizenburg ist das mit den Trägern, die Hort anbieten, zu prüfen. Herr Wilmer machte auf ein Urteil in Bayern aufmerksam, nach dem bei fehlenden Kindergartenplätzen auch die kostenintensivere Unterbringung bei Tagesmüttern übernommen werden musste.

Die Nachfrage beim Schulamt ergab, dass für die ausstehende Schulleiterstelle derzeit eine Bewerbung vorliegt.

Zur Thematik Grabpflege Schwenk hatte die CDU- Fraktion im Ausschuss einen Antrag zur Prüfung der Ehrenbürgerschaft gestellt. Nach der Richtlinie muss der Antrag beim Bürgermeister oder der Bürgervorsteherin gestellt werden und wird dann im Ausschuss beraten. Herr Wilmer vertritt die Auffassung, dass man die Ehrenbürgerschaft nicht an einen Verstorbenen vergeben kann. Das Thema soll nochmals in den Gremien besprochen werden und zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung kommen. Bis zur endgültigen Entscheidung sollten durch die Verwaltung keine Schritte eingeleitet werden.

Die europaweite Ausschreibung der Schulreinigung wurde in das Haushaltsjahr 2017 verschoben, da die notwendigen überplanmäßigen Mittel für 2016 nicht unabweisbar sind.

Herr Stern sprach sich gegen eine gebündelte Ausschreibung der Schulreinigung aus, da die Kosten auf jede einzelne Einrichtung umgelegt werden müssen. Der bestehende Vertrag wird grundlos gekündigt und das Beraterhonorar von über 10,0 T € übersteigt die Lohnkosten für eine Reinigungskraft.

Herr Wilmer schlug vor, den Landkreis um Amtshilfe zu ersuchen, da er als Schulträger sicher bereits Erfahrungen mit den Ausschreibungen hat. Eine Nachfrage bei der KGST könnte auch sinnvoll sein.

## zu 5 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

## zu 6 Raumsituation Regionalschule "Rudolf Tarnow"

Frau Dyrba begrüßt Herrn Dahlmann.

Es liegt ein Schreiben des Personalrates mit der Auflistung der Missstände in der R.- Tarnow- Schule vor, das dem Ausschuss verteilt wurde.

Herr Wilmer stellte fest, dass es einen normalen Instandhaltungsbedarf gibt und mittelfristig zu planende Investitionen. Diese müssen rechtzeitig in den Haushalt eingeplant werden. Dazu müssen neben der Verwaltung auch die Stadtvertreter/innen als Entscheidungsträger in Kenntnis gesetzt werden.

Herr Stern empfiehlt, aus der Bauverwaltung einen Mitarbeiter zu benennen, der mit der Schulleitung nach gemeinsamer Begehung festlegt, welche investiven Maßnahmen für das Folgejahr vorgenommen werden müssen.

Herr Wilmer fragt nach, ob die erforderlichen Mittel für 2017 angemeldet wurden. Das ist erfolgt und Herr Wilmer möchte die Plananmeldungen der einzelnen Schulen zugeleitet bekommen. Herr Pamperin geht davon aus, dass durch Herrn Bruhn bis zur nächsten Sitzung eine Aufarbeitung erfolgt ist und dann darüber berichtet werden kann.

Frau Claußen möchte wissen, welche Punkte der Liste bis zum Start des neuen Schuljahres unabdingbar abgearbeitet werden müssen. Das Vordringlichste ist für Herrn Dahlmann die Beseitigung der Gefahrenquellen, die durch die Restbaumaßnahmen vom Containeranbau für die Schüler ausgehen. Herr Stern sieht es auch so, dass viele Dinge auf der Liste für die Fortführung des Schulbetriebes nicht existenziell sind. Wichtig ist die Klärung der Raumfrage. Er fragte nach, wie sich die Situation darstellt. Herr Dahlmann hat für das kommende Schuljahr 500 Schüler. Nach Schulkapazitätsverordnung stehen 435 Plätze zur Verfügung. Es werden kleinere Räume und der ehemalige Speiseraum mit genutzt. Mit 21 Klassen gibt es 2 Klassen mehr als im letzten Schuljahr. Herr Stern geht davon aus, dass an der Schule 26 Unterrichtsräume und die zusätzlichen kleineren Räumlichkeiten vorhanden sind. Das bestätigt Herr Dahlmann, schränkt aber ein, dass 5 Räume (z. B Werk- und Physikraum) nicht als Klassenraum aufgenommen worden sind. Es werden alle Schüler/innen untergebracht werden können. Es gibt aber gerade durch den Teilunterricht organisatorische Probleme zu lösen.

Frau Dyrba erkundigt sich nach dem Stand der Pläne zur Mitnutzung der frei werdenden Hausmeisterwohnung als Klassenräume. Davor warnt Herr Stern eindringlich wegen der Umbaukosten, der Kosten für einen notwendigen Sicherheitsdienst und höheren Versicherungsbeiträgen. Ein Hausmeister vor Ort hat viele Vorteile. Herr Pamperin erklärte, dass die Entscheidung zur Bildung eines Hausmeisterpools in 2017 mit dem Bürgermeister schon so gut wie getroffen worden ist. Herr Wilmer teilte mit, dass sich die Dienstwohnungen im Haushalt darstellen und somit die Stadtvertretung darüber entscheidet. Es sollte zumindest im Vorfeld eine Vergleichsberechnung (Umbaukosten/ Einbau Alarmanlage u.a.) vorgenommen werden.

Auch äußerte Herr Wilmer sein Unverständnis darüber, dass der Gerätewart der Feuerwehr nicht in der Dienstwohnung wohnt. Somit ist der Sinn und Zweck eine Dienstwohnung - die schnelle Erreichbarkeit des Mitarbeiters nicht erfüllt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Schulbetrieb nicht gefährdet ist. Es erfolgt eine weitere Berichterstattung im Ausschuss.

## **zu 7 neue Räumlichkeiten Jugendklub am Bahnhof**

Herr Pamperin teilte mit, dass die vorgesehenen Räume in der Bahnhofstraße nicht angemietet werden können, da der Vermieter sein Angebot nicht aufrecht erhalten hat. Als Alternativen stehen am Bahnhof die ehemalige Raiffeisenbank (keine optimale Raumaufteilung) und das stadt eigene Objekt neben der Kindertagesstätte (Abriss und Neubau) zur Verfügung. Denkbar wäre auch die Anmietung eines Objektes in der Innenstadt zur Belebung der Altstadt.

Nach Diskussion verschiedener Gebäude am Bahnhof machte Herr Wilmer den Vorschlag, sich unverbindlich mit einem Maklerbüro in Verbindung zu setzen.

Herr Stern kann sich auch eine Unterbringung auf einer Etage in einem Wohnblock vorstellen, wenn die Öffnungszeit nicht über 20.00 Uhr hinausgeht. Dazu sollte eine Anfrage bei der AWG erfolgen.

## **zu 8 Antrag FR-CDU hier: Übergangsweise Verlegung des Hortes während der Bauphase an der Ludwig-Reinhard-Grundschule Vorlage: 103/16/FR-CDU**

Herr Wilmer erklärte, dass er den Antrag nicht versteht, da die Kindertagesstätten im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes liegen und alle aufgeführten Objekte nicht Eigentum des Trägers der Einrichtung sind. Frau Schlaack und Herr Stern führten aus, dass auf der letzten Sitzung angesprochen wurde, dass rechtzeitig vor Baubeginn eine Übergangslösung für die Hortkinder gefunden werden muss. Dazu wurden lediglich Vorschläge eingebracht, die durch die Verwaltung auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft werden sollen. Herr Wilmer verwies nochmals auf die fehlende Zuständigkeit der Verwaltung und darauf, dass noch kein Fördermittelbescheid vorliegt und nach Verwaltungsmeinung somit auch noch kein Handlungsbedarf besteht. Der Träger des Hortes ist für die Schaffung einer Ersatzlösung verantwortlich. Herr Pamperin bestätigte die Rechtslage und schlug vor, das bereits erwähnte Gespräch beim Landkreis im September abzuwarten. Mit dem vorgesehenen Neubau einer Einrichtung wäre das Problem u.U. gelöst.

Herr Wilmer vertritt die Auffassung, dass zunächst der Träger über die vorgeschlagenen Objekte informiert werden sollte. Bei positiver Rückmeldung kann das Jugendamt zur Prüfung der Eignung einbezogen werden und als letzter Schritt erfolgt die Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer.

Das Thema wird weiter im Ausschuss begleitet.

Herr Wilmer verlässt die Sitzung.

## **zu 9 Anfragen und Mitteilungen**

Frau Claußen fragt nach dem Stand der Berichtsvorlage vom April zu den Parkplätzen am Gymnasium. Herr Stern antwortete, dass es für die Flächen einen Mietvertrag zwischen dem Landkreis und der Stadt gibt.

**zu 11      Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

Frau Dyrba stellt die Öffentlichkeit wieder her.

**zu 12      Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse**

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

**zu 13      Schließen der Sitzung**

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr durch Frau Dyrba geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

Heike Krause  
Protokollführer/in

Gudrun Dyrba  
Ausschussvorsitzende/r